

Dresdner Volkszeitung

Volltextkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1263.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontakto: Gedr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kr. und Dresden-Stadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4000.— M., durch die Post bezogen monatlich 4000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1200.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonnabendnummer 250.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Schließzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbspaltige Nonpareillezeile 400.— M., auswärts 500.— M., die halbspaltige Reklamazeile 1500.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabenermäßigung, Familienangehöriger, Stellen- u. Niederlegung 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 150 M. pro

Nr. 66

Dresden, Montag den 19. März 1923

34. Jahrg.

Sachsens Finanzlage

Als Antwort auf einen von Dr. O. B. gezeichneten Artikel, der in verschiedenen bürgerlichen Blättern erschienen ist, geht von zumächster Seite folgender Artikel zu. Die leichtfertigen Angriffe Dr. O. B. (Dr. Bandmann) zeigen von neuem, in wieweit unverantwortlicher Weise von bürgerlicher Seite gegen die sächsische sozialistische Regierung gearbeitet wird.

Durch die Presse geht ein mit Dr. O. B. gezeichnetes Artikel unter der Überschrift „Sachsens Finanzlage“, der durch Unrichtigkeiten und solche Darstellungen mannigfacher Art ein völlig falsches Bild über Sachsens Finanzlage zu verbreiten geeignet ist. Als eines der Warnungssignale, die „das bevorstehende Ende“ andeuten sollen, hebt der Verfasser hervor, daß die Staatskasse leer sei, daß völlige Erbde herrsche. Davon kann, wie wir von autoritativer Seite erfahren, keine Rede sein. Die sächsische Staatskasse hat sich bisher noch immer als zahlungsfähig erwiesen. Wenn sie zu einer Kollapsgefahr des Reiches infolge getrieben ist, als das Recht ihr einen Teil der wiederholt vorgenommenen Erhöhungen der Beamtengehälter überweist, so ist dies nicht eine Eigentümlichkeit der sächsischen Staatskasse, die sie etwa als besonders bedürftig erscheinen lassen könnte, sondern das Reich hat für sämtliche Länder und Gemeinden Deutschlands einen Teil jener Befoldungserhöhungen in Gestalt von Voranschüssen zu zahlen übernommen. Der Entwurf des Währungsreformgesetzes zum Landeshaushalt sieht vor, daß diese Voranschüsse vom 1. April 1923 an in Zukunft umgewandelt werden sollen.

Daß die Einführung der neuen Grund- und Gewerbesteuer viel Veranlagungsarbeit und Kosten verursacht, soll dem Verfasser ausgenutzt werden. Arbeit und Kosten sind indes mit jeder Neuveranlagung einer Steuer von jeher verbunden gewesen. Darüber aber, ob und wie der Ertrag dieser Steuern noch zu steigen sein wird, hat der Landtag das letzte Wort nicht gesprochen.

Wichtig verfehlt ist, was der Verfasser über die vom Staate Sachsen aufgelegten Kohlenwertanleihen mitteilt. Wie bekannt, ist die erste Emission dieser Anleihen nicht weniger als 12 mal überzeichnet worden, sicher der beste Beweis, welches Vertrauen auch heute noch weite Kreise in ganz Deutschland der Wirtschaftskraft unseres Landes entgegenbringen. Und dieses Vertrauen ist in vollstem Maße gerechtfertigt; denn bis zur Aufhebung der neuen Anleihen war Sachsen von fundierten Schulden frei, während es auf der Altseite seines Vermögensstandes ganz enorme Werte zu buchen vermochte. Es braucht nur an die Kohlenwerke in Gröhsfelde und Böhlen, deren Wert nach dem Weltstande von Anfang Dezember 1922 allein mindestens 25 Milliarden Mark betrug, an den Riesenberg von Lauscha, dessen Wert nach dem Braunkohlenfeldern von 1/2 Milliarden Tonnen Braunkohle — an die staatlichen Elektrizitätswerke, deren Wert nach dem Stande von Anfang Dezember 1922 auf 35 Milliarden Mark veranschlagt war, an den rund 180 000 Hektar großen staatlichen Waldbestand, der jährlich einen Überschlag von rund 500 000 Festmeter liefert, an die Staatsgüter sowie die sonstigen kaufmännisch gestellten und durchweg mit Gewinn arbeitenden staatlichen gewerblichen Unternehmungen, z. B. die Hüttenwerke in Freiberg, das Glaserwerk Oberweißbach, die Vorgeleitenmanufaktur in Weichen, das Steinlohlenwerk Baderode, die Kalkwerke sowie an die Beteiligungen des Staates an Erwerbsgesellschaften, wie an der Elektra-Klein-Gesellschaft in Dresden und an der Steinlohlenwerkgesellschaft Gottes-Gege in Lugau, erinnert zu werden. Daß die beiden ersten Ausgaben der Kohlenanleihe im Ertrage von rund 1/2 Milliarden Mark auf Heller und Pfennig von den Kohlen- und Elektrizitätsunternehmungen des Staates verschlungen worden sind und der allgemeinen Staatsverwaltung davon nichts zugeführt werden konnte, erfüllt den Verfasser des Artikels mit Erstaunen, obwohl die Anleihen, wie er sich aus dem Anleiheprospekt leicht hätte überzeugen können, ausdrücklich zu dem Zweck ausgenommen worden sind, die staatlichen Kohlen- und Elektrizitätsunternehmungen damit weiter zu finanzieren. Die Hauptsache ist, daß die eingegangenen Anleihegelder durch sofortige Befragungen in gelieferte Stoffe umgewandelt und damit wertbeständig angelegt worden hätten, ist völlig unferndlich. Eine Rückzahlung der Anleihen sind, wie angeführt, dessen der Verfasser zu der Behauptung kommt, daß die Anleihen „bis jetzt dem Staate Riesenerlöse eingetragen beginnen erst vom Jahre 1927 an. Wie dann unser wirtschaftliches Verhältnis liegen werden, ob dann der Staat die Anleihebeiträge in höherer oder niedrigeren Selbstbeiträgen zurückzahlen können wird, wozu es sehr wesentlich mit ankommt, welchen Wert dann die mit den Anleihegeldern geschaffenen Schulden für den Staat haben werden, weiß heute kein Mensch vorauszusagen. Vorher aber kann weder von einem Gewinn noch von einem Verlust des Staates aus seinen Anleihen gesprochen werden.

Genau so geht die Ausführungen des auf Sachsens Wohl-erhalten sehr wenig bedachten Artikelverfassers über die Verzinsung der Anleihen. Seiner Mitteilung nach werden allein über 600 Prozent der eingezahlten Kapitalsumme für die Verzinsung aufzubringen sein. Rechnen jedoch! Selbst wenn seit der Aufbringung der Anleihen eine Kohlenpreiserhöhung um 100 Prozent eingetreten wäre — der Verfasser rechnet mit einer solchen nur in Höhe von 50 Prozent — und es bei dieser Erhöhung bis zum Schluß des Jahres 1923 verbliebe, käme für den Staat eine Erhöhung der Verzinsung nur um 2 Prozent in Betracht. Denn bekanntlich ist die Anleihe mit 6 Prozent fest und mit 2 Prozent beweglich (nach dem Kohlenpreis) verzinslich. Daß der kurz wertbeständiger Anleihen den wirtschaftlichen Verhältnissen sich anpaßt und Schwankungen unterliegt, ist ja gerade im Wesen der wertbeständigen Anleihe begründet, und niemals ist sich die sächsische Regierung wie der Landtag darüber im Zweifel gewesen, daß mit der Emission solcher Anleihen ein gewisses Risiko für den Staat

verbunden ist. Dieses Risiko ist aber vom sächsischen Staat übernommen worden, um seine wirtschaftlichen Unternehmungen, deren Ertragsrisiko, insbesondere an Kohlen, später der gesamten deutschen Wirtschaft zugute kommen, weiter zu finanzieren. Im übrigen teilt der sächsische Staat dieses Risiko mit allen Ländern, Gemeinden und anderen öffentlichen wie vielen privaten Körperschaften, die in letzter Zeit wertbeständige Anleihen auf den Markt gebracht haben.

Auch insoweit ist der Verfasser schlecht unterrichtet, als er schreibt, daß die Zeichnungen für die dritte Kohlenwertanleihe schlecht eingegangen seien. Das ist durchaus nicht der Fall. Im Gegenteil sind die Zeichnungen trotz der Ungunst der inzwischen eingetretenen Verhältnisse (Verdoppelung des Kohlenpreises, Emission zahlreicher anderer wertbeständiger Anleihen, Ausgabe der Goldschonung des Reiches, Weiterausdehnung des Ruhrgebietes über Erwartung gut eingegangen. Erwartungen dahingehend, daß auch diesmal eine vielfache Überzeichnung wie bei der ersten Anleihe stattfinden werde, haben an den maßgebenden Stellen niemals bestanden. Von enttäuschten Hoffnungen kann also gar keine Rede sein.

Daß die vom Staate unternommenen Neubauten, wie diejenigen an der Tierärztlichen Hochschule, an der Professorenabteilung und der Universitätsklinik in Leipzig, an der Chemischen Abteilung der Dresdner Technischen Hochschule usw., größere Summen verschlingen, als ursprünglich veranschlagt war, kann bei der sorgfältigen Geldverwaltung, wohl nur dem Verfasser bewunderlich erscheinen. Wenn diese Mehrausgaben in den Veranschlagungen des Staates nicht offenhalten Deckung finden, und der Staatshaushaltplan mit einem Fehlbetrag abschließt, so ist dies gewiß eine bedauerliche Erscheinung, sie liegt aber zum Teil in unserer gesamten Wirtschaftslage und dem Übergang der Steuerhoheit auf das Reich begründet und ist für Sachsen keine Besonderheit, da alle Länder und fast alle Gemeinden zur Zeit Fehlbeträge in ihren Haushalten aufweisen, den größten Fehlbetrag aber das Reich, trotzdem auf dieses die ertragreichsten Steuern übergegangen sind. Jedenfalls rechtfertigt dieser Umstand in keiner Weise die leichtfertige Behauptung des Artikelverfassers, daß in Sachsen „eine geordnete Finanzwirtschaft, eine aktive Finanzpolitik aufgehört habe“. Sachsen steht um keinen Deut schlechter da, als die übrigen Länder Deutschlands, und die von ihm aufgenommenen Anleihen sind auf Vermögenswerten fundiert, wie sie die anderen Länder kaum größer aufzuweisen haben.

Die Kommunistenkonferenz in Frankfurt

In Frankfurt a. M. wurde am Sonnabend abend die Internationale Konferenz der Kommunisten eröffnet. Vertreter aus fast allen europäischen Ländern und Indien waren anwesend. Insbesondere überbrachte die Gruppe der Roten Gewerkschaften internationale und erklärte, es

Abwehrberatungen im Westen

Genau, 18. März. (M. T. N.) Der Reichspräsident, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichswirtschaftsminister Dr. Beder, preussischer Minister des Innern Severing und preussischer Handelsminister Siering sind zu Besprechungen mit den Führern der Behörden, der wirtschaftlichen Organisationen, der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände des Ruhrgebietes hier eingetroffen. In einer von etwa 1500 Delegierten und Vertretern des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens des Ruhrgebietes besuchten Versammlung sprach der Reichspräsident über die Lage und legte dar, daß Deutschland ohne Schuld in diesen Kampf geraten, daß der Lebensfall der leichtfertige Druck von Recht und Moral, den die neuere Geschichte kennt, durch nichts beanlagt und begründet und wirtschaftlich ein vollkommener Wahnsinn sei. Nichts habe der Gegner erreicht, denn der Wille zur Abwehr entpringe aus dem ganzen Volke. Wenn wir ausbleiben, sei der Sieg unserer gerechten Sache sicher. Nach stürmischem Beifall folgten weitere Ansprachen. Beim Verlassen des Versammlungssaales wurde der Reichspräsident von einer vielzähligen Menge, unter der sich die zur Konferenz heute hier versammelten Bergleute befanden, begrüßt.

Informierung Englands und Amerikas

Berlin, 18. März. Wie amtlich gemeldet wird, ist im Laufe der diplomatischen Unterhandlungen, die in den verschiedenen Hauptstädten seit Beginn der Ruhraktion gepflogen wurden, der Standpunkt der Reichsregierung in den letzten Tagen erneut auch in London und Washington dargelegt worden. Die Meinung aus Washington, daß auch diese letzten deutschen Darlegungen weder ein Ersuchen um Vermittlung noch sonstige Anträge enthalten haben, ist richtig. Der englische Vorkämpfer in Berlin ist nach London gereist, um seine Regierung über die Lage in Deutschland zu informieren.

Kontrollkommission und deutschnationale Hegarbeit

Für den Beginn der kommenden Woche sind eine ganze Reihe Kontrollkommissionen der Interalliierten Militärkontrollkommission angefangen, an der sich auch, trotz den Mahnungen der Reichsregierung, französische und belgische Offiziere, teilweise sogar in Uniform, beteiligen werden. Die Reichsregierung ist

handelt sich hier nicht um eine Friedenskonferenz, sondern um eine Kriegskonferenz, eine Konferenz des Klassenkampfes. Um den Krieg zu verhindern, müsse Krieg geführt werden gegen die Bourgeoisie. Die Ideologie des Nationalismus müsse überwinden werden durch die Ideologie des Klassenkampfes. Resolutionen seien jetzt genug gefaßt, Aufgabe der Konferenz sei es, die Tat vorzubereiten. Auch der Vertreter der Roten Jugendinternationale erklärte, daß die Jugend nicht gekommen sei, um Resolutionen zu beschließen, sondern um zu handeln. Sie habe bereits Flugblätter in marokkanischer Sprache unter die Besatzungsdarmer des Ruhrgebietes verbreitet.

Neue Maßnahmen für „Frankreichs Sicherheit“

London, 18. März. Der Pariser Times-Korrespondent schreibt: Es verlautet, die französische Regierung habe die britische Regierung befragt, ob sie geneigt sei, an Maßnahmen sich zu beteiligen, die die deutschen Abhängigkeitsbedingungen des Friedensvertrages erzwingen sollen. Die Times sagen, die Tür für interalliierte Beratungen über die Sicherheit Frankreichs sei nunmehr geöffnet.

Neue Bluttaten

Dortmund, 18. März. (M. T. N.) Nach französischen Angaben ist in der Nacht zum Sonntag im Essener Hauptbahnhof ein französischer Posten erschossen worden. Da die Franzosen annehmen, daß der Posten von einem Deutschen erschossen worden sei, haben sie heute früh als Geiseln folgende Personen verhaftet: den Reichstagsabgeordneten Geheimrat Dr. Quast in seiner Eigenschaft als ehemaligen Syndikus der Handelskammer, Landgerichtspräsident Dr. Bolmer, ferner den Direktor der Essener Reichsbankstelle Bedol sowie je einen Direktor der Essener Großbanken. Der stellvertretende Bürgermeister Wedde wurde von den Franzosen gefaßt, aber nicht gefunden.

Theaterbrand in Wiesbaden

Das Wiesbadener Stadttheater ist in der vergangenen Nacht vollständig ausgebrannt. Dem Frankfurter Generalanleger zufolge brach das Feuer nach der gestrigen Sonntagvorstellung kurz nach 10 Uhr aus. Man hörte einen starken Schlag, wie von einer Explosion. Einige Augenblicke später schlugen turmhoch Flammen aus verschiedenen Fenstern des Theaters. Die sofort eingetretene Feuerwehre konnte wenig ausrichten. Bei ihrem Eintreffen hatte das Feuer schon den ganzen Zuschauerraum, die Bühne und das Kulissenhaus ergriffen. Nach 20 Minuten stürzte der große Kuppelbau über dem Zuschauerraum mit ungeheurer Stach auf zusammen. Von den Kulissenbeständen konnte trotz Hilfe der Bürgerschaft wenig gerettet werden. Innerhalb einer knappen Stunde war das ganze Theater vollständig ausgebrannt. Die französische Besatzungsbehörde alarmierte sofort mehrere Kompanien, die den Brandherd in weitem Umkreise absperrten. Der Schaden wird auf mehrere Milliarden Mark geschätzt. Rauchenden sind vornehmlich nicht zu beklagen.

Abwehrberatungen im Westen

nicht in der Lage, die Kommission an der Ausführung dieses Beschlusses zu hindern. Die Deutschnationalen benutzen jetzt diese Gelegenheit, um dem Kabinett Cuno ihr Vertrauen zu kündigen. Sie haben im Reichstag eine Interpellation eingebracht, in der es heißt: „Die Durchführung dieses ungeheuerlichen Unsinns muß von der Reichsregierung unter allen Umständen verhindert werden. Welche Maßnahmen hat die Reichsregierung zu diesem Zweck ergriffen, oder gedenkt sie zu ergreifen?“ Die deutschnationale Presse lobt wie besessen darüber, daß die Reichsregierung die Kontrollkommission noch bildet. Sie fordert gewaltig die Verhinderung. Diese deutschnationalen Herrschaften unterschlagen die Tatsache, daß die Kontrollkommission nicht Organe Frankreichs und Belgiens, sondern der Gesamtentente, also auch Englands, Italiens, Japans und anderer Staaten sind, die den Versailler Vertrag unterzeichnet haben. Würde die deutsche Regierung die Kontrollkommission gewaltsam hinauswerfen, so hätte sie den Versailler Vertrag zerrissen und der Kriegszustand wäre wieder da. Die Reichsregierung warnt vor Ausschreitungen gegenüber den Kontrollkommissionen, die deutschnationale Presse schreibt, sie lehne es ab, vor Gewalttaten zu warnen. Man möchte also Konflikte und Krieg provozieren. Das ist verbrecherisches Treiben. Wie die im Ruhrgebiet unter den beispiellosen Ausschreitungen der Besatzungstruppen leidenden Deutschen sich nicht zu Unbefonnenheiten hinreißen lassen, so dürfen wir im unbesetzten Deutschland es noch weniger tun. Jede Belästigung der fremden Kontrolloffiziere wird die Leiden der Ruhrbevölkerung noch vergrößern, und aber nicht von ihnen befehlen.

Faschistentreiben im Ruhrgebiet

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben: Nach der Entlohnung der Schutzpolizei im Ruhrgebiet machen sich nicht nur Eindringler, sondern auch andre dunkle Elemente sehr lebhaft bemerkbar. So wird aus Welsch mitgeteilt, daß dort faschistische Horden den „Schuh der Stadt“ übernommen haben, was zur Folge hatte, daß auch die Romunien ihre Hundertschaften mobil machten. Die Selbst-